

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Rudolf H. Strahm

Wie die Schweizer mit der Arbeitslosigkeit fertig  
geworden sind

17. Jg./1984

**1**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de): (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de): (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de): Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Wie die Schweizer mit der Arbeitslosigkeit fertig geworden sind

## Zwei Blicke in die Zukunft – von der Gegenwart aus

Rudolf H. Strahm

In diesem Artikel werden am Beispiel Schweiz zwei Szenarien für die Beschäftigungspolitik in der Zukunft 1983-2003 fantasievoll ausgemalt. Beide Zukunftsbilder gehen von gleichen Prognoseannahmen aus.

*Das Szenarium 1* geht davon aus, daß bei den voll im Arbeitsprozeß integrierten Beschäftigten in der Schweiz nur kleine Arbeitszeitverkürzungen realisiert werden. Dafür werden zunehmend Bevölkerungsteile aus dem Arbeitsprozeß abgesplittert und müssen von der Gesellschaft als Arbeitslose unterhalten werden. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit – Lohnersatz, Kriminalität, Marginalisierung – werden im Jahre 2003 für die aktive Bevölkerung 20-25 Prozent der Löhne ausmachen.

*Das Szenarium 2* unterstellt, daß in der Schweiz die gesellschaftliche Arbeitszeit im Ausmaß der Produktivitätssteigerungen gesenkt wird. Arbeitszeitpolitik ist ein wichtiges wirtschaftspolitisches Lenkungsinstrument. Nicht nur lineare Arbeitszeitverkürzungen, sondern auch neue Formen von Teilzeitarbeit, Job Sharing usw. werden praktiziert und begünstigt. Ziel ist eine Arbeitszeit-Einkommens-Souveränität für alle. Das vorhandene Arbeitsvolumen wird auf alle verteilt. Damit werden zusätzliche Ausgaben für Arbeitslosenversicherung etc. eingespart. „Weniger Staat“ im Bereich der Sozialversicherungen und der Folgelasten wird mit „mehr Freiheit“ des Einzelnen verbunden.

*Beide Szenarien* legen eine Produktivitätssteigerung von 2½ Prozent pro Jahr zugrunde. Konstante Produktivitätssteigerung, bedingt durch Automatisierung, Rationalisierung und Elektronisierung, ist die einzige sichere Prognose, die man zur Zeit treffen kann. Alles andere ist spekulativ.

Jährlich 2½ Prozent Produktivitätszuwachs bedeutet, über 20 Jahre hinweg gerechnet, eine Zunahme der Gesamtproduktivität um zwei Drittel. Das heißt schematisch, es müßten  $\frac{2}{3}$  mehr Güter produziert und konsumiert werden; oder es müßte bei gleicher Produktion wie heute die gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit entsprechend vermindert werden: in der Schweiz von 44 auf 26 Wochenstunden.

Beide Szenarien kosten etwa gleichviel. Die Inkaufnahme von Arbeitslosigkeit (Szene 1) ist die teuerste Form von Arbeitszeitverkürzung.

Im dritten Teil plädiert der Autor dafür, die Produktivitätssteigerung in Zukunft in Form von kürzerer Arbeitszeit, statt in Form höherer Löhne und höherem Konsum weiterzugeben. Der Artikel zeigt bildlich und anschaulich die Konsequenzen verschiedener Arbeitszeit-Politik-Modelle auf die Struktur der Gesellschaft und auf das politische Klima.

### Szene 1: Ein Blick ins Jahr 2003, eher mit dem rechten Auge

Wir zählen das Jahr 2003 nach Christus in einer Schweiz mit einer blühenden Wirtschaft; blühend ist sie jedenfalls nach den Statistiken, gemessen am Niveau der materiellen Produktion und am ausgebauten Dienstleistungssektor, dessen Wachstum rechnerisch das Bruttosozialprodukt in die Höhe treibt.

Die Wirtschaft der Schweiz 2003 gleicht bei näherem Hinsehen einer Apartheidökonomie: Auf der einen Seite sind in einem modernen Wirtschaftssektor mit höchster Efficiency und hoher, nie dagewesener Produktivität voll ausgelastete, gutbezahlte Beschäftigte tätig. Ihre Arbeitszeit beträgt 40 Wochenstunden, und ihre Reallöhne sind in den letzten zwei Jahrzehnten um mehr als ein Viertel angestiegen. Auf der ändern Seite besteht ein sogenannter informeller Sektor, der statistisch nicht zur Wirtschaft, das heißt zum gemessenen Sozialprodukt, zählt. Zu diesem Sektor gehören alle, die aus dem Produktionsprozeß abgesplittert sind, die Arbeitslosen, die Randgruppen.

Zu diesem informellen Sektor mit seinen Abgesplitterten gehören mehr als ein Fünftel der Beschäftigten. 10 bis 15 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sind registrierte Arbeitslose. Nochmals so viele bewegen sich irgendwo zwischen öffentlicher Sozialversicherung und Untergrundwirtschaft. Ihre Situation wird von den Politikern als „neue soziale Frage“ bezeichnet.

Die Lohnempfänger und die Unternehmer unterhalten die Arbeitslosen. Allein für die Arbeitslosenversicherung werden den Arbeitnehmern 10 Prozent vom Lohn abgezogen.

Weitere Arbeitslose werden in Drogenstationen, Entzugskliniken und Psychatrieheimen unterhalten. Wieder andere werden durch juristische Verwahrung oder wenigstens durch Überwachung kontrolliert.

Alle diese öffentlichen Kosten laufen unter den Titeln „Sozialstaat“ oder „Wahrung des Rechtsstaats“. Sie werden von niemandem ernsthaft bestritten, weil sie dem Konsens über die gesellschaftlichen Notwendigkeiten in unserem Lande entsprechen.

Zahlreiche Abgesplitterte schlagen sich selber durch. Sie arbeiten im Auftrag von Zeitarbeitsfirmen und Vermittlungsbüros, sie leisten Schwarzarbeit oder betreiben Schwarzhandel.

Wiederum andere – ein kleiner Prozentsatz – „unterhalten“ sich mit Kriminalität. Kleine Überfälle, Einbrüche, Abhör- und Detektivaktionen auf Bestellung usw. sind an der Tagesordnung. Deshalb sind die Straßen nachts unsicher. Nach Einbruch der Dunkelheit gehen die Frauen in den Städten nicht mehr allein auf die Straße. Das Taxigewerbe und das Geschäft mit Elektrozweitautos florieren aus diesem Grunde. All das kostet, aber es gehört zu den „gesellschaftlichen Notwendigkeiten“.

In den Firmen sind die elektronischen Sicherheitseinrichtungen lückenlos. Die Firmenausgaben für Sicherheitssysteme und Securitasüberwachung, für Mitarbeiterkontrollen und Personaldatenerfassung überschreiten jetzt die Gesamtkosten für den Energieverbrauch.

Alles in allem zahlen die Unternehmen und die Beschäftigten im modernen, produktiven Sektor 20-25 Lohnprozente

für die sozialen Folgekosten der Arbeitslosigkeit: für die Arbeitslosen, für Suchtfolgen, für äußere und innere Sicherheit. Aber solche Folgekosten gehören nun einmal zur Stabilität der modernen Welt.

Sehen wir uns nun den ersten, den „produktiven“ Sektor dieser modernen Schweiz 2003 etwas genauer an: *Die Arbeitsproduktivität — also der Ertrag pro Arbeitsstunde — ist innerhalb zweier Jahrzehnte um zwei Drittel gewachsen. Zwei von drei Beschäftigten benützen am Arbeitsplatz elektronische, computergesteuerte Systeme, und jeder vierte hat sein eigenes Terminal.*

Die Produktion ausgereifter Erzeugnisse wie Haushaltartikel, Uhren, Autos, Unterhaltungselektronik und Kleider werden für die Schweiz in den Tieflohnländern Ostasiens, Südamerikas und Westafrikas hergestellt. In der Industrie, die in der Schweiz verblieben ist, gibt es nur noch arbeitsintensive Tätigkeiten im Bereich Forschung, Entwicklung und Verwaltung, aber auch diese sind computerunterstützt. Daneben ist die Produktion weitgehend automatisiert.

Die Industrie in der Schweiz 2003 arbeitet weitgehend umweltfreundlich, energie- und rohstoffsparend. Das meistverwendete Material ist Silicium, und davon gibt es für immer genug. Man braucht es für Halbleiter, Transistoren, Sonnenzellen, Isoliermaterialien und Energiematten.

*Die Schweiz 2003 ist eine saubere Schweiz.* Die giftigen Schädlingsbekämpfungsmittel sind aus dem Lande verschwunden. Schädlinge gibt es zwar, aber die werden gezielt mit artenspezifischen Hormonpräparaten ausgerottet, respektive unfruchtbar gemacht. Für eine mittelgroße Apfelplantage braucht es davon nur ein Gramm, und dieses ist biotechnisch hergestellt worden – fast unschädlich für Mensch und andere Tiere.

Der größte Teil der Beschäftigten im modernen Sektor ist in Dienstleistungsbetrieben tätig; nicht im Verkauf und am Schalter, denn in den Läden gibt es automatische Leseapparate, die den Produktpreis registrieren und direkt dem individuellen Konto des Kunden belasten. Es braucht die Beschäftigten vor allem im Marketing, in der Werbung und bei der Marktbearbeitung. Da sind noch Kreativität, Phantasie und Durchsetzungsvermögen notwendig! Für jeden Arbeitsplatz in der Produktion braucht es deren sieben für den Vertrieb der Produkte.

Schöpferische Menschen sind auch für die neuen korporativen Systeme notwendig: Verbände, die irgendwelche Kollektivinteressen organisieren; Firmenverbände, Arbeitnehmer- und Konsumentenverbände, Umweltschutzorganisationen, soziale Fürsorgeorganisationen.

Weniger schöpferisch veranlagte Menschen braucht es für Putzinststitute, Beerdigungsinstitute, Knopfannähinststitute, Pédicureinststitute, Unterhaltungs-, Sexual-, Gymnastikinststitute, Hautpflegeinststitute, und natürlich die Kinderbetreuungsinstitute. Alle diese Institute werden von der arbeitenden Bevölkerung benötigt, die wegen ihrer Vollbeschäftigung auf diese Dienstleistungen angewiesen ist und sie ja auch bezahlen kann.

Szene 2: Ein Blick ins Jahr 2003, eher mit dem linken Auge

Wir zählen abermals das Jahr 2003 nach Christus in einer Schweiz mit einer blühenden Wirtschaft; blühend ist sie gemessen am hohen Niveau von Lebensqualität und individueller Freiheit, blühend auch gemessen am geringen Auf-

wand an gesellschaftlicher Arbeit und an der geringen registrierten Arbeitslosigkeit.

Die Wirtschaft der Schweiz besteht aus einem vernetzten und verschachtelten System verschiedener Sektoren, die vom modernsten, computergesteuerten Fabrikbetrieb bis zum autonomen Bereich einfacher Heimproduktion und Selbstversorgung reichen. Verschiedene Technologieniveaus haben nebeneinander Platz und ergänzen sich.

Wichtigstes Merkmal ist das *Fehlen von Arbeitslosen*. Das Arbeitsvolumen ist aufgrund der individuellen, souveränen Wahl von Arbeitszeit und Einkommen auf alle verteilt. Die Grenzen zwischen bezahlter Lohnarbeit und individuellem Arbeiten sind verwischt. Jeder und jede setzt sie individuell fest.

Die Normalarbeitszeit beträgt 30 bis 35 Stunden pro Woche. In den meisten Produktionsbetrieben mit kapitalintensiven Geräten wird in zwei Schichten gearbeitet, nämlich von 7 bis 13 Uhr und von 13 bis 19 Uhr. Die teuren, beinahe wartungsfreien Anlagen werden so länger genützt und die Kapitalkosten auf einen größeren Ausstoß verteilt.

*Mehr als ein Drittel der aktiven Bevölkerung arbeitet aber nicht die volle Normalarbeitszeit, sondern weniger, bei einem entsprechend kleineren Einkommen.* Ehepaare oder zwei Freunde oder Freundinnen teilen unter sich eine Stelle (Job-sharing). Viele haben einen Jahresarbeitszeitvertrag, der die garantierte Jahresarbeitsstundenzahl und das damit garantierte Einkommen sowie die soziale Sicherheit (Ferien, Krankheit, Sozialversicherung) festlegt. Die Art und Weise, wie die vereinbarten Arbeitsstunden abgeleistet werden, wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern halbjährlich neu vereinbart.

Die Arbeitszeitsouveränität sieht so aus: Einige arbeiten nur jeden Vormittag. Einige arbeiten jede Woche von Montag bis Mittwoch. Einige arbeiten im Januar, Februar und März vollzeitlich und melden sich April und Mai ab. Einige Firmen ermöglichen den (unbezahlten) „Mir-stinkt's-Tag“ mit der Möglichkeit, zu Hause zu bleiben, wenn man sich nicht wohl fühlt. Auch die Pensionierung ist zwischen 55 und 65 Jahren nach freier Wahl möglich; viele reduzieren ihre Wochenstundenzahl in den letzten Arbeitsjahren schrittweise.

Die Arbeitsplanung in den Firmen geschieht problemlos mit dem Personaleinsatzcomputer. Jeder Beschäftigte verfügt im Prinzip über Arbeitszeit- und Lohnsouveränität. Diese garantiert eine souveräne Wahl der Arbeitszeit und des entsprechenden Einkommens. Jede Wahl zwischen 10 und 100 Prozent ist möglich. Früher gab es nur die Wahl, 44 oder 0 Stunden zu arbeiten, und nichts dazwischen.

Dank diesem System sind alle beschäftigt. Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Es wird „Staat“ eingespart, besonders bei der Sozialbürokratie. Hingegen braucht es den Staat für das Arbeitsrecht, um die Arbeitszeit-Lohn-Souveränität zu gewährleisten: Jede Firma ist verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz an Teilzeitstellen zur Verfügung zu stellen. Für die untersten Einkommensgruppen wird ein gesetzlicher Minimallohn festgelegt, der von Kanton zu Kanton variiert. Dieser verhindert ein Absinken der Löhne durch weitere Rationalisierung.

Auch das neue Steuersystem fördert die Beschäftigung. Die Abgaben für die Sozialversicherungen (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung etc.) werden nicht mehr nur als Lohnabzüge (sogenannte Lohnprozente), sondern zunehmend als Abgaben auf Investitionen und auf den Energieeinsatz erhoben. Damit wird die Verteuerung des

Produktionsfaktors Arbeit, die zur ständigen Wegrationalisierung eben dieser Arbeit führt, gebremst. Die Maschinen und Ressourcen werden verteuert statt der Arbeit.

Schauen wir uns nun näher an, was die Beschäftigten außerhalb der Lohnarbeit unternehmen: Es existiert ein *autonomer Sektor der selbstbestimmten Produktion*. Es herrscht gewissermaßen eine „alternative Ökonomie“.

Gemüse wird im Hausgarten, in Balkontreibhäusern und in Wintergärten innerhalb der Wohnungen aufgezogen. Wer ein Haus baut, nimmt sich vorübergehend mehr freie Zeit und steckt sein Haus aus vorfabrizierten Elementen selber zusammen. Wer eine neue Wohnung in einem Wohnblock nimmt, kauft sich eine bestimmte Raumgröße im Rohbauskelett und baut sich den Innenteil und die inneren Abgrenzungen seiner Wohnung selber. Die sogenannte „Black-&-Decker-Ökonomie“ floriert dank flexiblen Arbeitszeiten. In ihr liegt eine Quelle des Wohlstands. Viel Entfaltung und schöpferische Kräfte werden in diese Schattenökonomie investiert. Sie gehört, obschon wirtschaftsstatistisch kaum erfaßt, zu den produktivsten Bereichen der Schweizer Wirtschaft 2003.

In der Wirtschaft 2003 gibt es viele qualifizierte Arbeitsstellen zu Hause. Die sogenannten neuen Selbständigen arbeiten zu Hause am Bildschirm und mit Terminal. Schreibarbeiten, Textverarbeitung, Zeichnungen, Grafik, Berechnungen und Informationsspeicherung lassen sich im Auftragsverfahren für irgendwelche Unternehmen von zu Hause aus ausführen. Auch dadurch verschwimmt die Trennlinie zwischen Arbeit und freier Zeit zusehends.

*Der Staat ist nicht überflüssig, aber er ist kostengünstig*, weil er die wirtschaftliche Entwicklung lenkt. Durch Gebote, Grenzwerte und Präventivmaßnahmen verhindert er Schäden und Folgekosten des Wirtschaftswachstums und reduziert die sozialen Kosten und Schäden, die früher der öffentlichen Hand anheimgefallen sind. Er hat zum Beispiel die Giftnwendungen und die Phosphatzusätze in Waschmitteln verboten. Er hat den Energie- und Rohstoffverbrauch durch Vorschriften eingedämmt. Er hat die Lebensdauer von Produkten durch Anreize, durch Reparatur- und Normierungsvorschriften sowie Lebensdauerstatistiken erhöht.

Die Lebensdauer der dauerhaften Konsumgüter, der Autos, Waschmaschinen und Küchengeräte, ist dank dieser „Lebensdauertransparenz“ um 50 Prozent angestiegen, bei einer Verteuierung von nur 10 Prozent. Das ergibt 40 Prozent Wohlstandssteigerung.

Auch im Sozialwesen kann sich der Staat mit Hilfe von Steuerungsinstrumenten Kosten ersparen: Die Arbeitszeitpolitik verhindert das Entstehen von Arbeitslosigkeit. Beteiligung der Beschäftigten an Betriebsentscheiden und Vorschriften für humane Arbeitsplätze verhindern die Zunahme von Krankheiten, die streßbedingt sind oder psychosomatische Ursachen haben. Die Ernährungserziehung und -kontrolle vermeidet Fehlernährungskrankheiten.

„Kleine Netze“, zum Beispiel in der Hauspflege, ersparen gigantische Auslagen für Spitalfabriken und erhöhen die Selbstverantwortung der Bürger . . .

Gegenwart: 12 Thesen zu einer Ökonomie der (Arbeits-)Zeit

## I.

*Die beiden Szenarien 1 und 2 aus dem Jahr 2003 gehen von der gleichen Annahme aus und kosten im Endeffekt gleich viel.*

Beide zeigen zwei extrem verschiedene Möglichkeiten, wie wir in Zukunft mit der Rationalisierung und der Beschäftigungsfrage umgehen können. Beide Szenen sind insofern realistisch, als sie beide mit einer gleichen, realistischen Produktivitätssteigerung von 2,5 Prozent pro Jahr rechnen. Das heißt: Gesamtwirtschaftlich wird jedes Jahr 2,5 Prozent mehr pro Arbeitsstunde produziert, bedingt durch die Automatisierung, Rationalisierung und Elektronisierung.

Die Produktivitätssteigerung ist meines Erachtens die einzige sichere Prognoseannahme, die man zur Zeit treffen kann. Alles andere ist spekulativ. In beiden Szenarien ist die Rationalisierung bewußt eingeplant.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist in der Wirtschaft die Produktivität unablässig gestiegen, ungeachtet, ob es der Wirtschaft gut oder weniger gut ging. Ihren weiteren Anstieg vorauszusetzen ist darum realistisch.

Bei beiden Szenen des Jahres 2003 ergibt und kostet die Rationalisierung für die Bevölkerung etwa gleich viel, nur mit unterschiedlicher Verteilung der Lasten: In Szene 1 verdienen die Beschäftigten im Jahr 2003 noch viel mehr als heute, aber sie zahlen die Arbeitslosen und die Folgelasten der Arbeitslosigkeit. Und in Szene 2 verdienen sie im Vergleich zu 1 zwar weniger, aber sie zahlen entsprechend auch weniger für die Soziallasten – und sie sparen sich dafür Arbeitszeit.

Auf jeden Fall ist die Arbeitslosigkeit die teuerste Form von Arbeitszeitverkürzung!

## II.

*Mit Wirtschaftswachstum kann die Arbeitslosigkeit nicht aufgehoben, vielleicht nicht einmal verhindert werden.*

Bewußt ist bei beiden Szenarien für die Zukunft nicht ein Nullwachstum angenommen. Es werden in den neunziger Jahren vielleicht sogar höhere Wachstumsraten realisiert als heute, weil die neuen Technologien (Elektronik, Informatik, Gentechnik, Energiesubstitution) erst dann voll zum Durchbruch kommen. Aber es wird ein jobloses Wachstum werden, es wird keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen. Mit zusätzlichem Wachstum die heute über 10 Prozent Arbeitslosen in den OECD-Ländern (das sind über 35 Millionen Arbeitslose) wieder voll beschäftigen zu wollen, das ist die größte Lüge, die uns die Ökonomen unserer Epoche anzubieten haben.

Wenn die Produktivität um 2,5 Prozent jährlich steigt – dies ist eine sehr bescheidene Annahme! –, müßte bei gleicher Arbeitszeit auch die wirtschaftliche Produktion jährlich um mehr als 2,5 Prozent wachsen, nur um die Freisetzung weiterer Arbeitskräfte zu verhindern.

Wenn die Produktivität (Ertrag pro Arbeitsstunde) während der nächsten zwei Jahrzehnte um jährlich 2,5 Prozent steigt, so heißt dies: Erhöhung der Produktivität um ungefähr zwei Drittel bis 2003.

Diese sehr schematische Rechnung bedeutet:

- Entweder erhalten wir die gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit auf dem gleichen Niveau, indem wir die Güterproduktion, die Einkommen und die Nachfrage um zwei Drittel erhöhen,
- oder wir vermindern die gesellschaftliche Arbeitszeit entsprechend, um das Produktionsniveau gleich zu behalten. Das würde eine Reduktion der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 44 auf 26 Stunden erfordern.

Soll also die Produktivitätssteigerung in Form höherer Löhne und höheren Konsums oder in Form kürzerer Arbeitszeit weitergegeben werden? Diese Frage nach der „Wohlfahrtspräferenz“ ist wohl die ökonomische Grundfrage unserer Zeit. Die tatsächliche Entwicklung wird wohl nicht das Entweder und nicht das Oder, sondern irgendwo einen Wert dazwischen anpeilen.

### III.

*Man kann den Produktivitätsfortschritt dadurch auffangen, daß man auf unproduktive oder nutzlose Produktionen ausweicht.*

Bereits heute arbeiten wir Schweizer einen Monat im Jahr für die Bezahlung von Werbung, Verpackung und Entsorgung des Mülls und all der Abfälle, die durch unser Konsumsystem anfallen.

Man hat in den siebziger Jahren in der Schweiz den Dienstleistungssektor perfektioniert. Wer seine Körperbewegung durch Massagesalons und John Valentines Fitneß ersetzt hat, seine Gesundheit durch Versicherungsprämien, seine Fegbürste durch die Raumpflegerin oder seinen Gartenschlauch-Autowasch durch die Waschanlage, der hat zur unproduktiven Vollbeschäftigung beigetragen.

Man kann in Zukunft weiterhin die Werbung ausdehnen und so Beschäftigung erzeugen und das Bruttosozialprodukt erhöhen. Heute bereits werden in der Schweiz über zwei Lohnprozente allein für Werbung aufgewendet.

Man kann die Banken-, Versicherungs-, Werbe- und Telekommunikationsbranchen ausdehnen. 1960 bis 1980 ist die Zahl der Bankfilialen in unserem Land um nochmals 1000 erhöht worden, nachdem bereits 1960 die Schweiz das bankendichteste Land war. Heute haben wir eine Bankfiliale auf 480 Haushalte.

Die zweite Säule (privat organisiertes Altersvorsorgesystem in der Schweiz) erforderte bereits die Gründung von 16 000 Pensionskassen – also eine Pensionskasse auf 150 Haushalte. Und es werden noch Tausende dazukommen. Die gleiche Dienstleistung könnte man über den Apparat der öffentlichen Altersversicherung AHV erfüllen.

Man kann die Sicherheit auf die Spitze treiben; auch das schafft Arbeitsplätze, wenn auch unproduktive.

Durch immer längere Produktionsumwege könnten wir vielleicht auch die Absatzkrise überwinden: Es werden zwar nicht neue lebensnotwendige Güter dabei entstehen, aber die benötigten werden immer aufwendiger hergestellt und immer aufwendiger in die Haushalte verteilt. Auch das ist eine mögliche Beschäftigungspolitik.

### IV.

*Die Wirtschaft dreht im Leerlauf, weil die Folgekosten des Wachstums dasselbe auffressen.*

Ein Blick auf die offiziellen Zahlen zeigt, daß wir uns in einem wirtschaftlichen Leerlaufsystem drehen. Obschon das wirtschaftliche Tempo noch zugenommen hat, sind von 1974 bis 1981 die Arbeiterlöhne nach Abzug der Steuern real

<sup>1)</sup> Steiger, Alois, Sozialprodukt oder Wohlfahrt? Kritik am Sozialprodukt-konzept. Diss., St. Gallen, Verlag Rütegger, 1979.

<sup>2)</sup> Brinkmann, Christian, Veränderungen des Arbeitsvolumenangebots bei Realisierung von Arbeitszeitwünschen: Befragungsergebnisse und Modellrechnungen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 56; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, 1981, Seite 147.

gesunken, und die Angestelltenlöhne haben genau stagniert („Die Volkswirtschaft“, 8/82, Seite 583). Wenn man zusätzlich berechnet, was an Umwelt kaputtgegangen ist, an Streß zusätzlich den Menschen belastet, an Steuern und Sozialkosten zusätzlich bezahlt wird, so kann man füglich behaupten: Jedem Franken an zusätzlichem Wachstum stehen 1,50 Franken an Nutzentzug gegenüber!

Man müßte einmal ehrlicherweise alle Folgekosten und unproduktiven Tätigkeiten einbeziehen. Eine solche Rechnung würde allerdings ein Werturteil voraussetzen, was als „produktiv“ oder als „sinnvoll“ zu betrachten ist. Aber auf solches weltanschauliches Glatteis möchten sich die Ökonomen, die gesellschaftlich hoffähig bleiben wollen, nicht begeben.

Der St. Galler Ökonom Alois Steiger hat trotzdem den beachtlichen Versuch unternommen, für die Schweiz einmal eine umfassende alternative Wohlfahrtsrechnung anzustellen<sup>1)</sup>.

### V.

*Mit schrittweiser Verkürzung der Wochenarbeitszeit allein schafft man kaum neue Arbeitsplätze.*

Die lineare Arbeitszeitverkürzung, wenn sie „vernünftig“ und unter Wahrung des Reallohns durchgeführt wird, sollte im Ausmaß der Produktivitätssteigerung verwirklicht werden. Dies entspricht, ausgehend von 44 Wochenstunden, jährlich etwa einer Wochenstunde weniger. Auch die Gewerkschaften respektieren bei ihren Forderungen diesen realistischen Grundsatz einer „produktivitätsorientierten Arbeitszeitverkürzung“.

Es versteht sich, daß eine schrittweise, langsame Arbeitszeitverkürzung im Ausmaß der Produktivitätssteigerung unter Wahrung des heutigen „Besitzstandes“ des Reallohns möglich ist und realisiert werden sollte.

Mit dieser schrittweisen Arbeitszeitverkürzung wird man zwar da und dort einige neue Stellen schaffen, etwa in Berufen, in denen die Präsenzzeit entscheidend ist (Portier, Kondukteur) oder wo keine Rationalisierung möglich ist (Lokomotivführer, Briefträger mit festem Rayon). Aber gesamtwirtschaftlich schafft man mit der Arbeitszeitverkürzung, solange sie „nur“ im Ausmaß der Produktivitätssteigerung vorgenommen wird, keine neuen Arbeitsplätze! Man kann damit bestenfalls die rationalisierungsbedingte Freisetzung von Beschäftigten verhindern! Aber schon dies wäre ein hinreichender Rechtfertigungsgrund für die lineare Arbeitszeitverkürzung (40-Stunden-Woche als Nahziel).

### VI.

*Neue Arbeitsplätze schafft man nur durch Aufteilung von Stellen, durch flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit.*

Dies gilt besonders dann, wenn das Wachstum sehr klein ist und die Produktivität aber Jahr für Jahr ungehindert weiter ansteigt, wie wir es heute erleben.

Eine Auswertung einer breiten, repräsentativen Umfrage in Deutschland hat folgendes ergeben: Würden alle, die es wünschen, ihre Arbeitszeit individuell (selbstverständlich bei entsprechender Lohnkürzung) wählen können, könnte man durch solche Vermehrung der Stellen alle Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen. Dabei ist sogar eingerechnet, daß bei der Einführung individueller Arbeitszeitwahl bisher Nichterwerbstätige (Hausfrauen usw.) wieder teilzeitlich ins Erwerbsleben einsteigen würden<sup>2)</sup>.

Eine repräsentative Infratest-Umfrage bei 2000 Arbeitnehmern im Auftrag der deutschen Bundesregierung hat 1978 ergeben: 29 Prozent der Vollzeitbeschäftigten würden zugreifen, wenn man ihnen eine Teilzeitbeschäftigung bei entsprechender Lohnkürzung anböte. Bei den Frauen sind es 54 Prozent, bei den Männern 20 Prozent (was die Fragesteller besonders überraschte). Bei den Frauen äußerten sich vorwiegend die Jüngeren positiv, bei den Männern die Älteren<sup>3)</sup>.

Es gibt in der Bundesrepublik zwei weitere, breit angelegte Untersuchungen über Arbeitszeitwünsche, die eine von Emnid<sup>4)</sup>, die andere von Infratest<sup>5)</sup>. Beide ergeben, bei unterschiedlichen Fragestellungen und Ergebnissen, einen überraschend hohen Bedarf an Teilzeitstellen.

Die Infratest-Umfragen wurden übrigens von der Bundesanstalt für Arbeit oder deren Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Auftrag gegeben.

Wohl will nur eine Minderheit Teilzeitarbeit bei entsprechender Lohnkürzung, allerdings eine wachsende Minderheit. In Ländern mit hohem Lohnniveau wie der Schweiz ist sie höher als in Ländern mit tieferem.

Allein schon eine Minderheit von einigen Prozenten der Beschäftigten könnte, wenn ihren individuellen Arbeitszeitbedürfnissen Rechnung getragen würde, zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit beitragen. Heute haben viele nur die Wahl für einen Job mit 44 Stunden oder eben 0 Stunden, aber für nichts dazwischen. Aus Mangel an Teilzeitstellen suchen sie Zeitarbeit. Nur dadurch ist die gigantische Expansion der Zeitarbeitsfirmen zu erklären. Die Gewerkschaften möchten diese „Sklavhalterfirmen“ am liebsten verbieten. Aber solange zu wenig Teilzeitstellen zur Verfügung stehen, suchen die Jobber eine Zeitarbeitsfirma als Ersatz. Wer heute Zeitarbeit verbieten will, ohne Alternativen anzubieten, agiert an den Bedürfnissen einer bedeutenden Minderheit von Beschäftigten vorbei.

## VII.

*Teilzeitarbeit: Wie sie konkretisiert werden kann.*

Die klassische Form von Teilzeitarbeit ist das Job-Sharing, die Aufteilung einer Stelle auf zwei Personen. Weitere Möglichkeiten sind verlängerte Ferien, unbezahlter Urlaub, Mutterschaftsurlaub, frühzeitige Pensionierung nach Wahl oder schrittweiser Abbau der Beschäftigungsdauer ab dem 55. Altersjahr.

Besondere Beachtung verdienen die Jahresarbeitszeitverträge: Vertraglich wird eine feste Jahresstundenzahl festgelegt. Der Modus der Arbeitsableistung wird zusätzlich vereinbart. Solche Jahresarbeitszeitverträge kommen der Vision der Arbeitszeitsouveränität am nächsten. Freie Wahl von Arbeitszeit und Einkommensniveau ist verbunden mit der Garantierung eines bestimmten Existenzinkommens.

Lange Zeit wehrten sich die Gewerkschaften, vielleicht zu Recht, gegen Teilzeitstellen, weil gewisse Unternehmer damit Sozialleistungen, Urlaubsvergütungen etc. sparen und weil dabei die „Tariftransparenz“ verlorengelht. Defensiv Abwehr der Bedürfnisse nach Teilzeitstellen nützt aber

<sup>3)</sup> Mertens, Dieter, Befragungen von Arbeitnehmern über Formen der Arbeitszeitverkürzung: T. Kusch/F. Vilmar Hrsg., Arbeitszeitverkürzung, ein Weg zur Vollbeschäftigung? Westdeutscher Verlag, 1983, Seite 213.

<sup>4)</sup> Offe, C., K. Hinrichs, H. Wiesenhal, Hrsg., Arbeitszeitpolitik, Campus-Verlag, Frankfurt/New York, 1982. Seite 146.

<sup>5)</sup> Brinkmann, C., siehe oben, Seite 158 f.

wenig. Im Gegenteil müßten auch Teilzeitstellen unter voller Absicherung der Sozialleistungen in die Gesamtarbeitsverträge eingebaut werden. Zum Beispiel hat der Gesamtarbeitsvertrag zwischen Coop als Arbeitgeber und der VHTL-Gewerkschaft diesen Schritt verwirklicht.

Teilzeitarbeit bedarf einer politischen Unterstützung, indem man sie gesellschaftlich aufwertet. Die Zeitarbeitsfirmen ihrerseits haben der Zeitarbeit mit gewaltigem Werbeaufwand und mit Hilfe von Spitzensportlern bereits zu viel Prestige verholfen.

Der Staat könnte, und zwar im Interesse der Ersparnis von Sozialausgaben für die Arbeitslosen, eigene Instrumente einsetzen. Er könnte Firmen, die Teilzeitstellen zur Verfügung stellen, steuerlich begünstigen oder gar subventionieren, wie das in Holland, England, Rheinland-Pfalz praktiziert wird. Im Sinne einer gerechten Lastenverteilung der Arbeitslosigkeit wäre auch die gesetzliche Verpflichtung, zum Beispiel 5 Prozent der Stellen als Teilzeitstellen (bei der öffentlichen Hand vielleicht sogar 10 Prozent) zur Verfügung zu stellen.

## VIII.

*Mehr freie Zeit macht das Problem „Was tun mit der Freizeit?“ lösbarer!*

Wir alle kennen das Vorurteil: „Die Leute (gemeint sind immer die anderen) wissen ja doch nicht, was tun mit der Freizeit...“

Wer wenig Freizeit hat, hat Angst vor mehr Freizeit. Wer in der Arbeitszeit ständig voll unter Druck und Entfremdung lebt, der hat die höchsten Freizeit-Konsumbedürfnisse, gewissermaßen als Kompensation. Wer wenig Ferien hat, der spult am meisten Reisekilometer ab, damit ihm seine kurze Ferienzeit auch wirklich ausgenützt vorkommt. Wer viel Freizeit hat, der möchte noch mehr davon, weil er auch etwas damit anzufangen weiß.

Es ist mir kein Lehrer in diesem Lande bekannt, der seine Ferienzeit nicht vernünftig zu verwenden wüßte, obschon alle Lehrer zwölf Wochen und mehr davon haben. „Von der Freizeit ist nichts Emanzipatorisches zu erwarten, solange sie nur der Appendix der Arbeitswelt ist, solange sie nichts mehr ist als die älpliche Sommerung abgemelchter Kühe zwecks künftiger Normerfüllung“ (Peter Lötscher in: „Widerspruch“, Nr. 2/November, 1981).

Kürzere Arbeitszeit, Teilzeitarbeit schaffen Freiräume zum Denken und Entfalten, freie Zeit für Selbstversorgung und Schattenwirtschaft. Weniger Arbeitszeit bei weniger Lohn vermindert die Konsumbedürfnisse, schwächt die kompensatorische Konsumwut.

Teilzeitarbeit hat übrigens einen bedeutenden familienpolitischen Aspekt. Dies zeigten auch die erwähnten Untersuchungen über die Arbeitszeitwünsche in Deutschland. Viele Paare wünschen sich so etwas wie ein konstantes, aber anders verteiltes Familienarbeitsvolumen, das heißt: Die Summe der gewünschten Arbeitszeiten der Ehepartner soll unverändert bleiben, aber beide Partner möchten sie zwischen Mann und Frau anders verteilen.

Ökonomie und Verteilung der Arbeitszeit ist sozusagen die materielle Basis der Emanzipation der Frau und der Aufhebung der traditionellen Rollenverteilung. Weil die Männer das spüren, werden mit der Forderung nach Teilzeitarbeit auch unterschwellige, nie ausgesprochene Abwehrreflexe aktiviert.

Die deutsche, auf Konsumwachstum ausgerichtete Meinungsforscherin Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut, warnte die deutschen Unternehmer vor dieser „stillen Revolution“ der Teilzeitarbeit. Sie bringe einen „Abbau bürgerlicher Tugenden“, weil Ziele wie Karriere, Einkommen und Leistungsstreben verlorengingen. Wie dem auch sei, es gibt nichts, was das Bewußtsein stärker beeinflussen würde als die Flexibilisierung von Arbeit und Freizeit.

#### IX.

*Die Schattenwirtschaft wird zu einem unentbehrlichen, ergänzenden Wirtschaftssektor.*

Dieser „autonome“ oder „informelle Sektor“, die Sekundärökonomie oder die „Black-&-Decker-Ökonomie“, hat noch keinen wissenschaftlichen Namen. Denn sie ist den Finanzministern und den Wirtschaftsstatistikern in allen Ländern gleichermaßen ein Greuel. Die Ersteren befürchten Steuerausfälle, weil die Einkommen nicht voll erfassbar sind, und die Letzteren fürchten um ihre Statistik, weil bei der Messung des Bruttosozialprodukts ja nur die geldwerten Leistungen auf dem Markt maßgeblich sein sollen. Was nicht in Geld statistisch erfaßt wird, ist für den klassischen Ökonomen nicht existent – und nur die klassischen werden ernst genommen.

Aber ohne die Schattenwirtschaft würden in den Industrieländern mit hoher Arbeitslosigkeit schon heute viel mehr Leute hungern. In den USA wird die *black economy* auf 13 bis 14 Prozent des Bruttosozialprodukts geschätzt. Für Italien schwanken die Schätzungen der *economia sommersa* zwischen 10 und 30 Prozent. In Großbritannien bringen es die *seif service activities* auf 7 bis 8 Prozent der Wirtschaftproduktion.

Die Schattenwirtschaft wird zu einem produktiven und sozialen Auffangnetz für jene, die aus dem Produktionsprozeß herausgefallen sind. Die Kombination von Arbeitszeitflexibilität, autonomer Arbeit und Eigeninitiative könnte angesichts der zu erwartenden zukünftigen Arbeitslosigkeit ein tragfähiges Auffangnetz bilden.

#### X.

*Arbeitszeitsouveränität wäre eine alternative Antwort auf das Bedürfnis nach „mehr Freiheit“ und „weniger Staat“.*

Arbeitszeitpolitik des Staates wäre die billigste Art, mehr Freiheit für den einzelnen zu verwirklichen und gleichzeitig ein Weniger an Staat ohne Sozialabbau zu realisieren. Es käme weit billiger, die Absplitterung von arbeitslosen Bevölkerungsgruppen zu verhindern, als Arbeitslose mit einer wachsenden Staatsquote sozial aufzufangen.

Das Sozialrecht „Recht auf Arbeit“ muß in die heutige Zeit neu interpretiert werden zu einem „Recht auf Arbeit und Recht auf Teilzeitarbeit“.

#### XI.

*Mit einem veränderten Finanzierungssystem für die Sozialversicherungen könnte man auch Beschäftigungspolitik betreiben.*

Heute werden Beiträge für Altersvorsorge, Invaliden- und Arbeitslosenversicherungen, Militärischen Erwerbsersatz als Lohnprozente den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auferlegt.

Für die Arbeitnehmer sind die abgezogenen Lohnprozente „praktisch“ – und so unsozial nicht!

Für die Arbeitgeber sind sie durchaus „tragbar“. Aber sie wirken investitionslenkend, ermuntern zu vermehrter Rationalisierung. Unter Einschluß von Ferien, Krankheits- und Militärausfällen, Lohnprozentabgaben betragen die Sozialleistungen in der Schweiz gute 30 Prozent der Arbeitskosten der Unternehmen. In Deutschland und in den skandinavischen Ländern sind es sogar über 40 Prozent.

In der betrieblichen Kostenrechnung und Investitionsplanung heißt dies: Man kann sparen, wenn man Menschen durch Maschinen ersetzt oder die Produktion in die Tieflohnländer verlegt. Diesen Trend könnte man abschwächen, indem man die Sozialabzüge nicht mehr (nur) den Lohnkosten „anhängt“, sondern den Inputs anlastet, den Einsatz von Energie und von Rohstoffen fiskalisch belastet, oder indem man die Sozialkosten nach dem Typus einer „Maschinensteuer“ zuschlägt. Arbeit muß relativ billiger, Rationalisierung relativ teurer werden – bei ungefähr gleicher Gesamtbelastung der Produktion.

Es versteht sich, daß es hier nicht um einen „Sozialabbau“ geht, sondern um eine Umpolung des unheilvoll arbeitsplatzvernichtenden Lenkungscharakters der Lohnprozente. Ich weiß, ein ketzerischer Denkanstoß, weil er auch zum Sozialabbau mißbraucht werden könnte. Aber die Sozialpolitik muß für das nachindustrielle Zeitalter ohne die ständig wachsenden Wirtschaften auch neue Formen und Finanzierungskonzepte finden!

#### XII.

Welches Szenarium ist denn realistisch?

Bis ins Jahr 2003 werden wir mit einer seit 1983 um zwei Drittel erhöhten Produktivität fertig werden müssen. Wird sich Szene 1 oder Szene 2 als realistischer erweisen?

Wenn man die neuere wirtschaftswissenschaftliche Literatur beachtet, könnte man auf Szene 2 hoffen. Aber wenn man die kumulierte Eingleisigkeit der wirtschaftspolitischen Akteure in unserem Lande anschaut, droht die Szene 1 ungewollt zur Realität zu werden.

Im Dezember 1982 hat das Schweizer Parlament die 42-Stunden-Woche, also den 8¼-Stunden-Tag, abgelehnt. Der Bundesrat hat sich geweigert, in der Bundesverwaltung Teilzeitarbeit für all jene, die dies wünschen, zu ermöglichen (Postulat Jaggi). Kostenfolgen gäbe es dabei kaum. Statt dessen unterstützt man mit Hunderten von Millionen Franken Beschäftigungsprogramme.

Seit 1920 haben wir den 8½-Stunden-Arbeitstag und die gesetzliche 48-Stunden-Woche. Die Wochenarbeitszeit ist in 60 Jahren nur unwesentlich verkürzt worden. Demgegenüber sind seit 1920 die Güterproduktion und der Konsum um ein Mehrfaches gewachsen.

Die Zeit ist angebrochen, da die Produktivitätssteigerung nicht mehr in Form höherer Löhne und höheren Konsums, sondern in Form kürzerer gesellschaftlicher Arbeitszeit weitergegeben werden muß. Arbeiten wir eigentlich, um zu leben – oder leben wir, um zu arbeiten? Jetzt könnten wir diese alte Frage neu angehen und beantworten.

*Ich verzichte hier auf eine imposante Literaturliste. Folgende Schriften möchte ich dem Leser besonders empfehlen:*

*Teriet, Bernhard, Die Wiedergewinnung der Zeitsouveränität, in: Die Zukunft der Arbeit, Reihe Technologie und Politik Nr. 8, Rowohlt, 1977.*  
*Gorz, André, Abschied vom Proletariat, Europäische Verlagsanstalt, 1980.*  
*Huber, Joseph, Die verlorene Unschuld der Ökologie, S.-Fischer-Verlag, 1980.*

Der Aufsatz ist erstmals im Schweizer „Tages-Anzeiger-Magazin“ vom Mai 1983 erschienen.